

Aufruf

Die Teilnehmer des VIII Deutsch - Polnischen Forums, das vom 21. bis 23. Mai 1995 in Danzig/Gdańsk tagte, richten einmütig einen dringenden Appell an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und an den Ministerpräsidenten der Republik Polen, sie mögen sich während ihrer Begegnung anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlers in Warschau für eine befriedigende und zukunftsweisende Regelung in zwei Problembereichen einsetzen, die nach Überzeugung der deutschen und der polnischen Teilnehmer des Forums besonders herausragende Beispiele für Chancen und Hindernisse in den deutsch-polnischen Beziehungen darstellen:

1. Die Zustände an den deutsch-polnischen Grenzübergangsstellen sind sowohl für den Personen als auch für den Warenverkehr unerträglich. Das Deutsch-Polnische Forum erwartet eine rasche Abhilfe, die der geforderten neuen Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen gerecht wird.

Der rasante Anstieg des zu bewältigenden Personen- und Warenverkehrs ist den Teilnehmern bekannt. Die Kosten für Sachinvestitionen, Ausbildung des Grenzpersonals und dessen zahlenmäßige Aufstockung sind hoch. Aber außergewöhnliche Herausforderungen erfordern außergewöhnliche Kraftanstrengungen.

An der deutsch-polnischen Grenze muss sich die neue europäische Nachbarschaft bewähren. Andernfalls werden Deutsche und Polen daran zweifeln, dass es ein gemeinsamen Europa für Deutsche und Polen wirklich geben wird. Die langfristige Negativwirkung der gegenwärtigen Verhältnisse ist bereits heute in beiden Bevölkerungen spürbar.

2. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat in den ersten beiden Jahren seiner Tätigkeit im Rahmen der ihm gegebenen finanziellen Möglichkeiten bereits sehr gute Arbeit geleistet. Die Anträge auf Unterstützung von Maßnahmen übersteigen aber den Jahreshaushalt des DPJW um ein Vielfaches.

Dem DPJW wird im Rahmen der Politik der Verständigung eine besondere Bedeutung zugemessen. Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen von der Einstellung der jungen Generation in beiden Ländern abhängen wird. Der Nachholbedarf an Information und persönlichen Kontakten ist riesig. Wenn der herausgehobene Stellenwert des DPJW glaubwürdig sein soll, muss es mit erheblich mehr Mitteln ausgestattet werden.

Die Teilnehmer des Deutsch-Polnischen Forums rufen deshalb den polnischen Ministerpräsidenten und den Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, dass das DPJW mit erheblich mehr Mitteln ausgestattet wird. An die polnische Seite richten sie die Aufforderung, zumindest der laufenden Geldentwertung Rechnung zu tragen. Sie halten es nicht nur für wünschenswert, sondern auch für erforderlich, dass die deutsche und die polnische Seite sich auf einen Modus für eine Anhebung der Mittel für den deutsch-polnischen Jugendaustausch im Rahmen ihrer jeweiligen finanziellen Möglichkeiten verständigen und dabei möglicherweise starre Regeln überwinden.

Danzig/Gdańsk, 23. Mai 1995.